

HAZ  
27.6.02

# Im Zweifel kommen die Kabel unter die Erde

Neue Hochspannungsmasten sollen vermieden werden

VON KLAUS WALLBAUM

**Hannover.** Das Land steckt in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite wachsen die Proteste gegen neue Hochspannungsleitungen, die in größerer Stückzahl demnächst in Niedersachsen gebaut werden dürften. Auf der anderen Seite aber gibt es dagegen kaum eine Handhabe: Die Energieversorger können, wenn sie wollen, mit Hinweis auf Bundesgesetze auf den hohen Masten bestehen. Die Alternative, eine unterirdische Verkabelung, ist teurer

– und die Kosten würden am Ende dem Stromkunden aufgebürdet. Wie kann man es trotzdem schaffen, die Kabel unter die Erde zu bekommen? „Mit Überzeugungsarbeit“, sagt Agrar-Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke.

Zunächst verschärft sich die Lage. Mindestens vier neue Kohle- und Gaskraftwerke werden demnächst in Niedersachsen gebaut – in Emden, Wilhelmshaven, Stade und Lingen. Außerdem muss das europäische Stromnetz verstärkt werden, und es muss die Energie von den Offshore-Windparks in der Nordsee abgeleitet werden. 800 Kilometer neue Stromleitungen werden nötig, davon auf niedersächsischem Gebiet allein 380 Kilometer. SPD und Grüne fordern, im Bundesrat für eine Gesetzesänderung zu kämpfen, damit unterirdische Verkabelung die Regel wird.

Ripke allerdings sieht darin „ein langwieriges Verfahren“ und setzt stattdes-

sen auf eine „kurzfristige, pragmatische Lösung“. Für die neuen Stromtrassen solle es sogenannte „Raumordnungsverfahren“ geben – das heißt, jeder Plan müsse sorgfältig mit allen Interessenverbänden und Anwohnern erörtert werden. Das könne Zeit kosten – und am Ende sollen wenigstens in „sensiblen Bereichen“ die Kabel eingegraben werden.

Das könne in der Nähe von Wohngebieten oder Naturschutzgebieten sein. „Wir werden auch Vorschläge für Finanzierung erörtern“, sagt der Staatssekretär. Was das heißen kann, deutet Ripke

## 380 Kilometer Stromleitungen werden nötig

nur vorsichtig an: Wenn die Erdverkabelung in Niedersachsen ein „Pilotvorhaben“ würde, könne dafür Geld aus dem Forschungsetat fließen. Eine Mitfinanzierung des Bundes sei denkbar, und „natürlich“ müssten sich die Kabelhersteller daran beteiligen. Es gehe schließlich darum, ein neuartiges Verfahren des Stromtransportes auszutesten.

Im neuen Raumordnungsprogramm, das gestern im Kabinett gebilligt wurde, ist die Erdverkabelung als Ziel festgeschrieben. Dort sind auch weitere Änderungen vorgesehen: Die Stadt Celle etwa wird „Oberzentrum“, kann also größeren Einzelhandel ansiedeln. Auch Lingen und Nordhorn werden aufgewertet. 32 Orte, die von Grund- zu Mittelzentren hochgestuft werden wollten, gehen indes leer aus. Das Netz an mittelgroßen Städten im Lande sei schon dicht genug geknüpft, sodass für weitere Mittelzentren kein Raum sei.

### Kommentar von der IG Vorsicht-Hochspannung:

Herr Ripke und seine Regierungsmitglieder haben es bisher selbst versäumt, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für eine Erdverlegung zu schaffen. Seit mehr als 3 Jahren unterhalten wir regelmäßigen Kontakt auch zu Herrn Ripke. Bislang unternahm er nichts.

Im Gegenteil:

Herr Ripke und seine Regierungsmitglieder halten die Freileitungsgegner hin und versuchen

bewußt bis zur Wahl 2008 gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Wir wollen endlich Ergebnisse sehen. Bislang gab es nur leere Versprechungen!